

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

77. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. Juni 1998, 10:00 Uhr

im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Vorsitzender

in Vertretung von Holger Astrup

Fehlende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Berndt Steincke (CDU)

Tagesordnung:	Seite
1. Auswahl eines Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein; Einwilligung des Finanzausschusses in eine überplanmäßige Verpflichtung in Höhe von 6,2 Millionen DM	6
Vorlagen des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdrucke 14/1883, 14/1921	
2. Resolution zur Regierungserklärung „Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenhängenden Europas“	11
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1389	
3. Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich	12
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/147	
4. Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs gemäß § 10 a LHO hier: Jahresbericht und Antrag auf Erweiterung des Modellprojektes für die Finanzämter des Landes Schleswig-Holstein, die Oberfinanzdirektion Kiel und die Landesfinanzschule - Kapitel 0505	13
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1855	
5. Modellprojekt „Globalisierung und Flexibilisierung des Haushaltswesens im Bereich der Forstverwaltung“	14
Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 14/1903	
6. Personalkostenbudgetierung - Vorgaben für das Haushaltsjahr 1999	15
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1856	
7. Rücklagen im Rahmen der Experimentierklausel nach § 10 a LHO nach dem Stand vom 31. Dezember 1997	16
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1904	

- 8. Haushaltsvollzug 1998** 17
- Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1932
- 9. Rechnung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 1996** 18
- Vorlage des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Umdruck 14/1643
- 10. Referentenentwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH)** 19
- Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Unterrichtung 14/52
- 11. Entwurf einer Landesverordnung über die Beteiligung der Spielbankgemeinden und der Spielbankkreise an der Spielbankabgabe und einer Zusatzabgabe** 20
- Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Unterrichtung 14/53
- 12. Haushaltsrechnung 1995 und Vermögensübersicht 1995** 21
- Bericht des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 14/372
- und
- **Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1995**
 - **Bericht des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß § 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung der Vereinbarungen zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken sowie zur Optimierung der Kreditkonditionen (Derivate Finanzinstrumente)**
- Beschlußvorlage der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung"
Umdruck 14/1949
- Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte
Umdruck 14/1940
- Schreiben der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Kiel

Umdruck 14/1949 - nur für internen Gebrauch -	
13. Terminplan des Finanzausschusses Juni 1998 bis Januar 1999	22
Vorlage des Vorsitzenden Umdruck 14/1953	
14. Möglichkeiten zur Vereinfachung bei der Aufstellung der Haushaltsrechnung sowie zur Reduzierung ihres Umfangs	23
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1960	
15. Information/Kenntnisnahme	24
16. Verschiedenes	25

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Auswahl eines Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein;
Einwilligung des Finanzausschusses in eine überplanmäßige Verpflichtung in Höhe von 6,2 Millionen DM**

Vorlagen des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdrucke 14/1883, 14/1921

Abg. Stritzl äußert, daß alle Fraktionen an einer effizienten Kosten-Leistungs-Rechnung ein großes Interesse hätten, daß jedoch der angestrebte Effekt nicht schlüssig dargelegt worden sei: Erstens bleibe die Kosten-Leistungs-Rechnung neben der Kameralistik bestehen, zweitens bleibe eine Antwort auf die Frage offen, was für Einsparpotentiale über die Refinanzierung des Gesamtpaketes in Höhe von 23 Millionen DM hinaus zu erzielen seien, und drittens erwecke der Antrag auf Einwilligung in eine überplanmäßige Verpflichtung in Höhe von 6,2 Millionen DM den Eindruck, „daß wir am Einstieg in eine eventuell unendliche Geschichte stehen“, so daß sich die Frage stelle, welche „Reißleinen“ es für die Landesregierung im Rahmen der Vertragsgestaltung mit den Softwareentwicklern gebe.

Abg. Kubicki legt dar, daß ihn bei den Wirtschaftlichkeitsberechnungen stets die Ansätze bewegten. Die vorgelegte Wirtschaftlichkeitsberechnung führe nur dann zu einem positiven Ergebnis, wenn Rationalisierungseffekte durch Organisationsoptimierungen erzielt werden; Rationalisierungseffekte hätten aber mit einer Kosten-Leistungs-Rechnung überhaupt nichts zu tun, Organisationsoptimierungen seien davon unabhängig. Es stelle sich damit für ihn die Frage, ob es durch die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung tatsächlich eine „Produktionssteigerung“ gebe. Vorstellbar sei nämlich auch eine Effizienzverbesserung allein durch Reduzierung der Zahl der Gesetze und Verordnungen, was zwangsläufig auch eine Reduzierung des Personals zur Folge hätte. Seine Erfahrungen mit der Einführung einer Kosten-Leistungs-Rechnung im privaten Bereich belegten, daß der Aufwand im Ergebnis größer sei als zuvor, allerdings dadurch aufgefangen werde, daß Umsatzsteigerungen ermöglicht würden.

Abg. Neugebauer merkt an, daß das Angebot von debis/SAP wesentlich kostengünstiger sei als andere Angebote. Ihn interessiere daher eine Antwort auf die Frage, ob es möglich sei, „eine abgespeckte Version bei gleichen Erwartungen an das Produkt zu fahren“. Außerdem möchte er wissen, ob geprüft worden sei, neben Hamburg weitere Länder als Kooperationspartner gewinnen zu können.

Abg. Stritzl macht sich zunächst die Fragestellung von Abg. Neugebauer zu eigen und erbittet weiter eine Antwort auf die Frage, um wieviel das Produkt dadurch günstiger werde, daß das System in der vorgeschlagenen Form eingeführt werde.

M Möller legt dar, daß sich die Landesregierung im Bundesrat mit ihrem Vorschlag nicht habe durchsetzen können, auf die Kameralistik gänzlich zu verzichten. Was die von Abg. Stritzl unter dem Stichwort „Reißleine“ angesprochenen Verpflichtungsermächtigungen betreffe, so sei es zum einen richtig, daß in eine Machbarkeitsstudie nur dann eingetreten werden könne, wenn die Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht seien, zum anderen aber sei genau dies die „Reißleine“.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnung habe die Landesregierung vorgelegt, und sie habe Fragen beantwortet. Keinen Streit gebe es darüber, daß dabei eine bundesweit anerkannte Methode angewandt worden sei. An die Ansätze sei die Landesregierung mit sehr konservativen Vorschlägen herangegangen: Die Rationalisierung beim HKR-System bringe eine Einsparung von 80 Leuten, und in der Gesamtbetrachtung sei eindeutig nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig die Wirtschaftlichkeit gegeben.

Weiter verweist M Möller darauf, daß Bayern bei Pilotanwendern eine Produktivitätssteigerung von 6 % herausgeholt und belegt habe. Demgegenüber werde von Fachleuten die Auffassung vertreten, daß es in der Privatwirtschaft Sätze von 20 % und darüber gebe. M Möller stellt sich auf den Standpunkt, daß Produktivitätssteigerungen sogar im öffentlichen Bereich in dieser Größenordnung möglich seien, bezeichnet es jedoch als vernünftig, sich nicht an dieser Grenze oder den bayerischen Vorgaben zu orientieren, sondern mit 2 % einen relativ konservativen Produktivitätsfaktor anzusetzen.

Zu der Frage des Abg. Neugebauer nach der Übernahme von debis/SAP in „abgespeckter Version“ äußert M Möller, daß die Machbarkeitsstudie ergeben werde, ob das System unverändert oder in modifizierter Form übernommen werden sollte.

St Dr. Lohmann merkt zu den Ausführungen des Abg. Kubicki an, daß wirtschaftliches Denken und das Erzielen von mehr Wirtschaftlichkeit auch im öffentlichen Be-

reich Kenntnisse über die Kosten und ihre Zuordnung zu der jeweiligen Aufgabe voraussetzten. Er geht weiter auf die Ausführungen von Abg. Stritzl ein und stellt heraus, daß sowohl Mittelbewirtschaftungs- als auch Kostenrechnungssysteme erforderlich seien. Die Chance mit dem zur Diskussion stehenden System liege darin, daß mit der Angabe der Kosten nach der Kosten-Leistungs-Rechnung zugleich auch die Eingabe bei der Mittelbewirtschaftung erfolge.

M Möller betont, daß sich die Wirtschaftlichkeit bereits ohne die Einrechnung der Einsparung von 80 Leuten ergebe.

AR Störtebecker äußert zu der Anmerkung von Abg. Stritzl über den „Einstieg in eine eventuell unendliche Geschichte“ mit der zwangsläufigen Folge, „permanent nachschießen zu müssen“, daß das einmalige Projekt in der Größenordnung von 16,2 Millionen DM in voller Höhe über eine Verpflichtungsermächtigung abgesichert werden müsse, da anderenfalls kein Zuschlag erteilt werden könne. Die Mittel fließen aber nur in dem Umfang ab, in dem sie auch tatsächlich benötigt würden. Auf welche Weise sichergestellt werde, daß nicht permanent „nachgeschossen“ werden müsse, sei auf Seite 14 der Vorlage Umdruck 14/1883 dargestellt.

AR Störtebecker fährt fort, daß über eine Kooperation Gespräche mit den norddeutschen Ländern geführt worden seien. Niedersachsen sei wegen der Entscheidung für BaaN ausgeschieden, Bremen wolle sich zur Zeit nicht binden, sei aber für eine Kooperation offen, und Mecklenburg-Vorpommern habe sich - zusammen mit sechs anderen Bundesländern - an DOGRO gebunden; offen seien im Augenblick lediglich die übrigen neuen Bundesländer und das Saarland.

VP Dr. Schmidt-Bens führt aus, der Landesrechnungshof bezweifle nicht, daß ein neues Verfahren zur Mittelbewirtschaftung erforderlich sei, und es sei auch vernünftig, dieses Verfahren mit der Kosten-Leistungs-Rechnung zu verknüpfen. Seit der vorigen Sitzung, in der dieses Thema auf der Tagesordnung des Finanzausschusses gestanden habe, habe es Gespräche zwischen Landesrechnungshof und Finanzministerium gegeben; einige Fragen seien dabei offengeblieben.

Schwierig sei das ganze Unterfangen - so betont VP Dr. Schmidt-Bens -, weil es sich um ein Gesamtinvestitionsvolumen von 1,1 Milliarden DM für die nächsten 10 bis 15 Jahren handele. Auch wenn es heute „nur“ um eine Entscheidung über einen Betrag von rund 16 Millionen DM gehe, stelle sich doch die Frage eines Ausstiegs, wenn sich erweise, daß man sich nicht auf den richtigen Weg begeben habe. In der Machbarkeitsstudie, die vorgeschaltet werde, sehe der Landesrechnungshof durch-

aus ein Element der Sicherheit. Dennoch sei die Sorge des Landesrechnungshofs gegeben, daß Finanzausschuß und Parlament eine Entscheidung zu einem Zeitpunkt treffen, zu dem die Folgekosten noch nicht in vollem Umfang absehbar seien. Eine schlüssige Antwort könne allerdings auch erst dann gegeben werden, wenn eine Systemkonzeption vorliege; die Produktionskosten und die Kosten der Vernetzung hingen nämlich wiederum von der eingesetzten Hardware ab.

Neben diesen Fragen gebe es aber auch noch andere Aspekte, die berücksichtigt werden müßten: Bei der Wirtschaftlichkeit mache es schon einen Unterschied aus, ob ein Zinssatz von 5 % oder von 7 % zugrunde gelegt werde. Was das Einsparungspotential im Personalbereich betreffe, so müsse darauf hingewiesen werden, daß - unabhängig von dem neuen Verfahren - durch MEGA und MESTA und durch das Zusammenlegen von Bezirkskassen Personal eingespart werden könne und auch eingespart worden sei und daß dafür nicht die Einführung eines neuen Verfahrens notwendig sei.

Abg. Kähler gibt ihrer Verwunderung über den Ablauf der Diskussion Ausdruck: Nachdem es der Wille des Landtages gewesen, sei diese Einführung vor mehr als einem Jahr vom Finanzausschuß als dringend notwendig bezeichnet worden, und es sei nicht erforderlich, in der heutigen Sitzung „das Rad neu zu erfinden“. Lediglich die Themen „Kostenentwicklung“ und „Produktionssteigerung“ stünden noch zur Diskussion, und vor diesem Hintergrund müsse eine Antwort auf die Frage gegeben werden, bis wann die Machbarkeitsstudie vorgelegt werden könne.

Abg. Heinold stimmt Abg. Kähler zu und gibt darüber hinaus zu überlegen, das Ergebnis der Machbarkeitsstudie selbst noch „vernünftig nachzuprüfen“, um sicher zu sein, daß mit dieser Studie den Parlamentariern nicht etwas vorgegaukelt werde.

Abg. Kubicki wiederholt, er bestreite, daß mit der Kosten-Leistungs-Rechnung die Kosten eines bestimmten definierten Produkts ermittelt werden könnten. Vielleicht aber werde damit ein Instrument geschaffen, das im politischen Bereich oder im Rahmen der Verwaltung rationalere Entscheidungen ermögliche, aber man sollte sich nicht darauf versteifen, „daß sich die Veranstaltung selbst finanziert“.

Nach den Worten von M Möller bedeuten diese Aussagen in der Konsequenz, daß eine Kosten-Leistungs-Rechnung zwar befürwortet werde, daß man aber zuerst ganz genau wissen wolle, was schließlich dabei herauskomme. Im übrigen sei das System, nach dem Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt werden, „bundes-

weit ein bißchen abgesichert“; keinesfalls arbeite Schleswig-Holstein im „luftleeren Raum“.

Abg. Neugebauer beantragt, die Einwilligung in eine überplanmäßige Verpflichtung in Höhe von 6,2 Millionen DM an die Vorlage der Machbarkeitsstudie zu koppeln.

Abg. Stritzl betont, er habe das Stichwort „Reißleine“ nicht ohne Grund gewählt, und stellt heraus, es müsse bereits jetzt feststehen, daß die Möglichkeit gegeben sei, das Verfahren gegebenenfalls in einem Jahr zu stoppen.

Der Vorsitzende greift eine Bemerkung von M Möller auf und erklärt, von Bedeutung sei für ihn, daß die SAP bereit sei, der TU Harburg den Quellcode - „eine zusätzliche Reißleine“ - zur Verfügung zu stellen.

Abg. Stritzl schließt sich der Haltung des Abg. Neugebauer an, die Einwilligung in die überplanmäßige Verpflichtung an die Vorlage der Machbarkeitsstudie zu koppeln, und fügt hinzu, für ihn sei außerdem entscheidend, daß den Abgeordneten hinreichend Zeit eingeräumt werde, die Studie in vollem Umfang auch beraten zu können. Außerdem bittet er um Einsicht in die Vertragsunterlagen sowie um eine Darstellung, wie das Land unter vernünftigen Kriterien aus dem Vertrag aussteigen könne, wenn sich die Voraussetzung in der Praxis in größerem Maßstab als nicht umsetzbar erweisen sollten.

Abg. Heinold schließt sich der Haltung des Abg. Stritzl an, daß den Abgeordneten zur Prüfung der Studie hinreichend Zeit eingeräumt werden müsse.

Mit den von den Abgeordneten Neugebauer, Stritzl und Heinold formulierten Vorgaben willigt der Ausschuß einstimmig in die überplanmäßige Verpflichtung in Höhe von 6,2 Millionen DM und in die Inanspruchnahme der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10 Millionen DM ein.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Resolution zur Regierungserklärung „Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenhängenden Europas“

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1389

(überwiesen am 26. März 1998 an den **Finanzausschuß** und den Europaausschuß)

hierzu: Schreiben des Vorsitzenden des Europaausschusses
Umdruck 14/1819

Abg. Stritzl bittet um eine schriftliche Darstellung der Auswirkungen der von Baden-Württemberg und Bayern vorgeschlagenen Neuordnung des Länderfinanzausgleichs auf die Finanzlage Schleswig-Holsteins.

Abg. Neugebauer hält es für wichtig, daß der gesamte Komplex umfassend beraten wird, und bittet, in die weitere Diskussion die Drucksache 2/3767 des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern einzubeziehen.

Abg. Heinold möchte wissen, ob durch das neue System im Länderfinanzausgleich tatsächlich die Intensität von Steuer- und Betriebsprüfungen gefördert werde.

Die Beratungen sollen nach Vorliegen der erbetenen Unterlagen fortgesetzt werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/147

(überwiesen am 14. August 1996 an den Finanzausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Der Vorsitzende teilt mit, der an der Beratung beteiligte Wirtschaftsausschuß habe dem federführenden Finanzausschuß einstimmig empfohlen, dem Plenum vorzuschlagen, den Antrag in folgender geänderter Fassung anzunehmen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, in die Verhandlungen über eine Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs den Hafen Lübeck einzubeziehen.“

Er schlägt vor, die Beratung fortzusetzen, wenn die zu Punkt 2 dieser Tagesordnung erbetenen Unterlagen vorliegen. - Der Ausschuß ist einverstanden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs gemäß § 10 a LHO

hier: Jahresbericht und Antrag auf Erweiterung des Modellprojektes für die Finanzämter des Landes Schleswig-Holstein, die Oberfinanzdirektion Kiel und die Landesfinanzschule - Kapitel 0505

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1855

M Möller antwortet auf eine Frage des Abg. Neugebauer, er gehe davon aus, daß sich einzelne Finanzämter nicht aus dem Vertrag aus der Telekom verabschieden und mit anderen Anbietern Verträge abschließen dürften, da der punktuelle Vorteil in keinem Verhältnis zu dem Gesamtvorteil stehe.

VP Dr. Schmidt-Bens kündigt einen Beitrag des Landesrechnungshofs zum Thema „Rücklagen und Ausgabereste“ für die Bemerkungen 1999 an.

Abg. Stritzl bittet, die Vorlage des Ministerium für Finanzen und Energie zum Thema „Unterschied zwischen der Bildung von Rücklagen und Ausgaberesten“, Umdruck 14/1203, auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses zu setzen.

Der Ausschuß nimmt den Jahresbericht zur Kenntnis und stimmt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU der Vorlage Umdruck 14/1855 zu.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Modellprojekt „Globalisierung und Flexibilisierung des Haushaltswesens im Bereich der Forstverwaltung“

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten
Umdruck 14/1903

Abg. Stritzl äußert den Eindruck, daß das Modellprojekt „Globalisierung und Flexibilisierung des Haushaltswesens“ im Bereich der Forstverwaltung am weitesten fortgeschritten ist.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Personalkostenbudgetierung - Vorgaben für das Haushaltsjahr
1999**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1856

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Rücklagen im Rahmen der Experimentierklausel nach § 10 a LHO
nach dem Stand vom 31. Dezember 1997**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1904

hierzu: Umdrucke 14/1618, 14/1751 mit 14/1813, 14/1806

Abg. Stritzl erklärt seine Bereitschaft, die Vorlage Umdruck 14/1904 formal zur Kenntnis zu nehmen, bittet aber, sie trotzdem von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und sie zusammen mit den Vorlagen über den Haushaltsvollzug 1997 - Umdrucke 14/1618, 14/1751 mit 14/1813, 14/1806 - auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses zu setzen. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Haushaltsvollzug 1998

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1932

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Rechnung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das
Haushaltsjahr 1996**

Vorlage des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Umdruck 14/1643

VP Dr. Schmidt-Bens bittet, die Niederschrift über die 23. (nö) Sitzung der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" dahin zu korrigieren - Seite 9 -; daß die Gesamtausgaben beim Einzelplan 02 insgesamt 11.151.332,46 DM betragen.

Der Ausschuß nimmt einen kurzen Bericht des Vorsitzenden über die Prüfung der Rechnung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1996 entgegen und beschließt einstimmig, dem Landtag die Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1996 zu empfehlen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Referentenentwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Gebäude-
management Schleswig-Holstein (GMSH)**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Unterrichtung 14/52

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Entwurf einer Landesverordnung über die Beteiligung der Spielbankgemeinden und der Spielbankkreise an der Spielbankabgabe und einer Zusatzabgabe

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Unterrichtung 14/53

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Haushaltsrechnung 1995 und Vermögensübersicht 1995

Bericht des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 14/372

und

- **Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1995**
- **Bericht des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß § 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung der Vereinbarungen zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken sowie zur Optimierung der Kreditkonditionen (Derivate Finanzinstrumente)**

Beschlußvorlage der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung"
Umdruck 14/1949

hierzu: Schreiben des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 14/1626

Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte
Umdruck 14/1940

Schreiben der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Kiel
Umdruck 14/1949 - nur für internen Gebrauch -

Abg. Sager beantragt, Tz 9 in der alten Fassung wiederherzustellen. - Der Antrag wird mit vier Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen drei Stimmen der CDU abgelehnt.

Tz 9 in der alten Fassung wird als Minderheitsvotum der CDU in die Vorlage aufgenommen.

Einstimmig beschließt der Finanzausschuß, dem Landtag die Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 1995 zu empfehlen und der Vorlage im übrigen zuzustimmen.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Terminplan des Finanzausschusses Juni 1998 bis Januar 1999

Vorlage des Vorsitzenden
Umdruck 14/1953

Abg. Heinold bittet, wegen einer Fraktionsreise von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den 20. August als Sitzungstermin zu streichen.

Mit dieser Maßgabe wird dieser Terminplan einstimmig bewilligt.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Möglichkeiten zur Vereinfachung bei der Aufstellung der Haushaltsrechnung sowie zur Reduzierung ihres Umfangs

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1960

Einstimmig stimmt der Ausschuß der Vorlage zu.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

Umdruck 14/1899	Ergebnisse der Steuerfahndungsverfahren im Bankenbereich
Umdruck 14/1902	Ergebnisse der Prüfung des ZDF
Umdruck 14/1907	Vorbereitungen im Kreditbereich des Landes für die Einführung des Euro
Umdruck 14/1927	Institute für Gerichtsmedizin und Sexualforschung der CAU
Umdruck 14/1936	Inanspruchnahme von Flexibilitäten beim StaLa
Umdruck 14/1937	Rechnungshof HH zum Thema „Dienstgebäude“
Umdruck 14/1941	Konzept LRH zur Einführung einer Kosten

Zu Umdruck 14/1950 - Verein SHMF:

Abg. Stritzl greift eine Bemerkung des Vorsitzenden auf und regt an, der Tradition zu folgen und sich vom Intendanten des Schleswig-Holstein Musik Festivals zu gegebener Zeit einen Sachstandsbericht unter Einschluß des Sponsorings und ähnlicher Dinge geben zu lassen. Abg. Neugebauer schließt sich diesem Wunsch an.

Als Termin für die Beratung der Vorlage und die Entgegennahme des Berichts schlägt der Vorsitzende den 24. September 1998 vor. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

Punkt 16 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende teilt mit, daß zu dem Antrag der CDU betr. **Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbereich**, Drucksache 14/1371, der dem Wirtschaftsausschuß als federführendem Ausschuß sowie dem Innen- und Rechtsausschuß und dem Finanzausschuß überwiesen worden ist, am **4. August 1998** in einer gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse eine **Anhörung** durchgeführt werden solle.
- b) Der Vorsitzende teilt mit, daß der Antrag der CDU betr. **Erstattung von Jugendhilfekosten durch das Land**, Drucksache 14/1295, der dem Sozialausschuß als federführendem Ausschuß sowie dem Finanzausschuß und dem Innen- und Rechtsausschuß überwiesen worden ist, im Anschluß an die Beratung des Einzelplans 16 in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Sozialausschusses am **14. September 1998** beraten werden sollen.
- c) Der Vorsitzende trägt die Bitte des Innen- und Rechtsausschusses vor, daß sich die übrigen Ausschüsse des Landtages im Rahmen des Selbstbefassungsrechts mit den in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Themen des **20. Tätigkeitsbereichs des Landesbeauftragten für den Datenschutz**, Drucksache 14/1340, beschäftigen und dem Innen- und Rechtsausschuß das Ergebnis ihrer Beratungen zuleiten. - Als Termin dafür schlägt der Vorsitzende eine Sitzung in der zweiten Augushälfte vor. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.
- d) Der Vorsitzende spricht das für den 6./7. Juli vorgesehene **Abgeordnetensymposium** zum Thema „Neue Steuerungsinstrumente“ an und betont, daß aus seiner Sicht in dieser Angelegenheit Gesprächsbedarf bestehe. Er schlägt vor, das Gespräch im Anschluß an diese Sitzung zu führen. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

M Möller teilt mit, er werde in einem Schreiben an Präsident Arens seine Verwunderung zum Ausdruck bringen, daß nach dem bisher bekannten Programm andere Ressorts aufträten, das Finanzministerium aber in keiner Weise einbezogen worden sei.

- e) Abg. Stritzl knüpft an mehrfache Äußerungen des Vorsitzenden über die Notwendigkeit einer Revision der **Beratungsstruktur des Finanzausschusses** an und

plädiert für ein gemeinsames Vorgehen. Eine Vorbereitung auf die einzelne Sitzung sei angesichts der Fülle der Beratungsthemen kaum mehr möglich.

- f) Abg. Stritzl gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß für Donnerstag, den 11. Juni 1998, 13:30 Uhr - in der Mittagspause der Plenarsitzung -, zur 78. Sitzung des Finanzausschusses mit dem Tagesordnungspunkt „**Entwurf eines Nachtragshaushalts für das Haushaltsjahr 1998**“ eingeladen worden sei, obwohl ein derartiger Entwurf überhaupt noch nicht vorliege.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß der Finanzausschuß in der Vergangenheit des öfteren den Entwurf eines Nachtragshaushalts beraten habe, bevor er von der Landesregierung im Landtag eingebracht worden sei. Er schlägt vor, auch in diesem Fall in der von Abg. Stritzl erwähnten Sitzung eine erste Information durch den Finanzminister entgegenzunehmen, da anderenfalls als einziger Sitzungstermin der 25. Juni 1998 übrigbliebe.

M Möller begrüßt es, daß der Landesregierung Gelegenheit gegeben werde, den Finanzausschuß zeitnah zu informieren, um auf diese Weise eine Verabschiedung des Nachtragshaushalts noch vor der Sommerpause zu gewährleisten.

- g) Abg. Heinold nimmt Bezug auf eine Meldung des „Holsteinischen Couriers“ vom 19. Mai 1995, Umdruck 14/2033, und bittet um eine schriftliche Stellungnahme zu der Frage, ob die **Investitionsbank** tatsächlich „rund 200.000 DM mehr Zuschüsse als intern geplant“ vergeben habe, wodurch der Denkmalfonds entsprechend ärmer geworden sei.
- h) Abg. Stritzl bittet um einen Bericht, was die **Haushaltssperre** im einzelnen gebracht habe.
- i) Der Vorsitzende spricht das Schreiben des **Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik** an, Umdruck 14/1923, und schlägt vor, es zusammen mit dem Nachtragshaushalt 1998 zu beraten. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.
- j) Abg. Stritzl spricht den Antrag des Finanzministers auf **Einwilligung in die Veräußerung des Grundstücks an der Hummelwiese**, Drucksache 14/1241, an, der Beratungsgegenstand in der 66. Sitzung am 5. Februar und in der 68. Sitzung am 26. Februar 1998 gewesen sei, und erkundigt sich nach dem Stand der Dinge.

St Dr. Lohmann teilt mit, daß als Folge der Diskussion im Finanzausschuß eine Ausschreibung veranlaßt worden sei.

- k) Abg. Stritzl spricht eine Meldung in den „Lübecker Nachrichten“ vom 7. Mai 1998 über einen **Vergleich der Landespolizeien in Schleswig-Holstein und im Saarland** an, Umdruck 14/2034. Danach wird das Projekt inhaltlich von einer Unternehmensberatung und finanziell von der Bertelsmann-Stiftung unterstützt; mit 750.000 DM sei die Stiftung der größte Geldgeber und die beiden Länder teilten sich den Rest von 1,1 Millionen DM. Abg. Stritzl möchte wissen, aus welchem Titel der Anteil Schleswig-Holsteins finanziert werde. - Der Vorsitzende bittet um eine schriftliche Antwort.
- l) St Dr. Lohmann antwortet auf eine Frage des Abg. Stritzl, daß die **Veräußerung der Telefonanlagen der Landesverwaltungen** einschließlich der Netze und der Bewirtschaftung ausgeschrieben worden sei. Abg. Stritzl bittet, den Finanzausschuß zeitnah über das Ergebnis der Ausschreibung zu unterrichten.
- m) Abg. Stritzl spricht die Diskussion über ein **Konzept für die bauliche Sanierung des Landeshauses** an und fragt, ob sich die mit der Lösung des Problems beauftragten Parlamentarischen Geschäftsführer gegenüber dem Vorsitzenden in irgend einer Weise geäußert hätten. - Der Vorsitzende verneint diese Frage.

Abg. Neugebauer merkt an, ihm sei zu Ohren gekommen, daß es Widerstand gegen eine Gesamtlösung innerhalb der Opposition gebe. Abg. Stritzl stellt klar, Sinn seiner Frage sei die Absicht gewesen, zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen.

Der Vorsitzende greift eine Bemerkung des Abg. Neugebauer auf und erklärt, er werde am Rande der kommenden Landtagstagung mit den Parlamentarischen Geschäftsführern Gespräche führen und über das Ergebnis dem Finanzausschuß zeitnah berichten.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Hay

Vorsitzender

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer